Die NATO wird aktuell massiv umgebaut. Doch hinter den Forderungen nach höheren europäischen Rüstungsausgaben und dem behaupteten Ziel von mehr „Eigenverantwortung“ verbirgt sich keine Emanzipation Europas oder Deutschlands von den USA, wie unsere Autorin argumentiert. In diesem dritten Teil geht es um die gesellschaftliche Massenmobilmachung in Europa und Wiedereinführung der Wehrpflicht – empfohlen von US-Strategen –, um die „Ostflanke“ für Abnutzungskriege fit zu machen, und den weiteren Souveränitätstransfer über europäische militärische Entscheidungen an US-Militärs. Eine neue Analyse unserer Autorin **Nel Bonilla**, die wir in vier Teilen veröffentlichen.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260831_NATO_3_Punkt_0_Deutschland_im_transatlantischen_Kaefig_Teil_3_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Teil 3

Ein kriegstüchtiges, aber abhängiges Europa

Im Juni 2026 veröffentlichte das *U.S. Army War College* eine aufschlussreiche Monografie mit dem Titel *Academic Year 2026–27 Annual Estimate of the Strategic Security Environment,* zu Deutsch: Jährliche Einschätzung des strategischen Sicherheitsumfelds für das akademische Jahr 2026/27. Über die Auflistung regionaler „Herausforderungen“ und „Chancen“ hinaus legt das Dokument die strategischen Leitfragen offen, die das amerikanische Militärestablishment derzeit umtreiben. Bemerkenswerterweise skizziert es ein unmissverständliches Mandat für den europäischen Operationsraum: Sicherheitsplaner fordern, dass Europa seinen „fragmentierten industriellen Nationalismus“ aufgibt und sich von manöverzentrierten Doktrinen abwendet, hin zu einem „Konzept der Stellungsverteidigung“ entlang der „Ostflanke“. Faktisch bereiten die US-Strategen Europa auf einen zermürbenden Abnutzungskrieg vor, was eine Massenmobilmachung und eine integrierte kontinentale Rüstungsproduktion erfordert, um Washington dadurch in die Lage zu versetzen, seine konventionellen Hauptstreitkräfte abzuziehen und in den Indopazifik zu verlagern.

Das industrielle Mandat: Der Zusammenschluss der Fabrikhallen

Das *Army War College* merkt an, dass Europa zwar über fast 1,5 Millionen aktive Soldaten verfügt, diese zahlenmäßige Stärke jedoch durch industrielle Zersplitterung und die Abhängigkeit vom US-Kommando gelähmt wird. Um dies zu beheben, fordert der Bericht einen Zusammenschluss der europäischen Rüstungsindustrie, um die für einen hochintensiven Abnutzungskrieg erforderliche Massenproduktion zu ermöglichen.

Wie die Autoren in ihrem Militärjargon festhalten:

> *„Eine rigorose Bewertung des europäischen Operationsraums erfordert eine Untersuchung des Übergangs vom fragmentierten industriellen Nationalismus hin zu einer skalierbaren, integrierten rüstungsindustriellen Basis. Zentral für diese Entwicklung wären die gesellschaftliche Mobilisierungskapazität sowie die politische Durchsetzbarkeit verschiedener Wehrpflichtmodelle zur Stärkung der Resilienz.“*

Liest man diese Passage in ihrer vollen Konsequenz, entlarvt sie sich als ein imperiales Mandat, durch das Washingtons Sicherheitsestablishment die militärischen und gesellschaftlichen Bedingungen für seinen europäischen Operationsraum diktiert.

Erstens verlangt das Mandat, dass Europa seine separaten nationalen Rüstungsmärkte zugunsten einer integrierten Kriegsproduktion demontiert. Wenn US-Strategen den „fragmentierten industriellen Nationalismus“ kritisieren, zielen sie auf die bestehende europäische Struktur ab, die aus einem Flickenteppich aus geschützten heimischen Unternehmen, duplizierten Waffenprogrammen, inkompatiblen Geräten und politisch sensiblen Arbeitsplätzen, die über verschiedene souveräne Staaten verstreut sind, besteht.

Für die Zwecke einer zusammengeschlossenen industriellen Basis für hybride Kriegsführung und Abnutzungskriege in Europa ist die gegenwärtige Landschaft zweifellos ein logistisches Chaos. Deutschland baut den Leopard 2, Frankreich den Leclerc, Großbritannien den Challenger und Italien den Ariete – vier völlig unterschiedliche Kampfpanzer für einen Kontinent, der sich theoretisch auf ein oder zwei Modelle beschränken und standardisieren könnte. Aus der Perspektive der militärischen Planer in Washington schafft diese Fragmentierung einen Albtraum aus inkompatibler Munition, unterschiedlichen Ersatzteilen und abweichenden

Ausbildungsanforderungen, was europäische Armeen unfähig macht, Seite an Seite zu kämpfen, geschweige denn sich nahtlos in ein US-geführtes Kommandonetzwerk zu integrieren.

Wie jedoch die Ergebnisse des Ankara-Gipfels gezeigt haben, würde dieser Vorstoß zum Zusammenschluss der Industrien das Ziel einer autarken europäischen Industrie umgehen. Stattdessen zielt er darauf ab, eine hocheffiziente europäische Fabrikhalle zu konstruieren, die in großem Maßstab und in großer Anzahl produziert und diese direkt in NATO-weite – was so viel heißt wie US-kompatible und interoperable – Militäroperationen einspeist.

Zweitens – und das ist vielleicht am folgenreichsten – fordern US-Strategen eine gesellschaftliche Massenmobilmachung sowie die „politische Durchsetzbarkeit“ einer Wiedereinführung der Wehrpflicht. Der Begriff „verschiedene Wehrpflichtmodelle“ impliziert hierbei unterschiedliche nationale Ansätze, je nach Land. Hinzu kommt, dass selbst bei einer beachtlichen Zahl aktiver Soldaten das europäische Militärpersonal zurzeit durch seine fragmentierten Lieferketten im Grunde genommen gelähmt bleibt. Um einen zermürbenden Stellungskrieg zu führen, ist die Straffung der industriellen Basis jedoch nur die halbe Gleichung; diese Kriegsmaschinerie muss also zudem fortwährend mit einem mobilisierten Nachschub an Humankapital gespeist werden.

Die Zentralisierung der Kommandoebene und die Aushöhlung der Souveränität

Wenn US-Planer Europas „Kommandostruktur, die noch immer fundamental von der US-Führung abhängt“ kritisieren, muss man die Rhetorik ausblenden, um die tatsächliche Absicht zu entschlüsseln. Auf den ersten Blick liest sich dieser Ausschnitt wie eine Einladung zur europäischen strategischen Unabhängigkeit. In Wirklichkeit ist es jedoch eine Forderung nach der Delegierung der Abnutzung. Washington verfolgt das Ziel, die Taktik – die eigentliche Kriegsführung am Boden – abzugeben. Allerdings bleibt die Strategie als übergeordnete Planungsebene fest in den USA verankert.

Diese Dynamik wurde im Februar 2026 formalisiert, als die NATO zustimmte, drei große operative Kommandobehörden – die *Joint Force Commands* (JFCs), die mit der spezifischen militärischen Ausführung betraut sind, an europäische Nationen zu übergeben: Norfolk ging an Großbritannien, Neapel an Italien und Brunssum an eine gemeinsame deutsch-polnische Rotation. Doch im Austausch für die Abgabe dieser

operativen Führung sicherten sich die USA das Kommando über alle drei übergeordneten Streitkräftekommandos (*Theatre Component Commands* für Land, Luft und See) und behielten die Kontrolle über den höchsten militärischen Befehlshaber der NATO, den SACEUR (den Alliierten Oberbefehlshaber in Europa, der traditionell immer von einem US-General gestellt wird).

Weit davon entfernt, sich zurückzunehmen, signalisierte der Ankara-Gipfel eine massive Zentralisierung dieser Macht. Er trieb Rahmenwerke voran, die dem SACEUR die Befugnis erteilen, Truppen und Ressourcen der Mitgliedstaaten unilateral quer über den Kontinent zu verlegen sowie Alarmbereitschaftsstufen festzulegen, ohne dafür im Einzelfall eine formelle Genehmigung einholen zu müssen – ein Schritt, der die nationale Souveränität in Europa faktisch aushöhlt. Was an diesem nicht unwichtigen Machttransfer vielleicht am erstaunlichsten ist, ist der geradezu totale Medien-Blackout, der ihn begleitete. Eine Entscheidung, die es einer US-geführten Kommandostruktur erlaubt, europäische Parlamente zu umgehen, hätte eigentlich die Schlagzeilen dominieren müssen. Stattdessen wurde sie unter dem Deckmantel bürokratischer „Effizienz“ stillschweigend beerdigt und tauchte lediglich in einem einzigen Politico-Artikel vor dem Gipfel sowie in einem einsamen Bericht auf der Website des litauischen Rundfunks nach dem Gipfel auf.

Die Grundlagen für diesen Souveränitätstransfer wurden von *Politico* dargelegt. Das Magazin beschrieb detailliert das Bestreben von US-General Alexus Grynkewich, dem Obersten Alliierten Befehlshaber der NATO in Europa (SACEUR), die verbleibenden Einschränkungen für das amerikanische Kommando auszuräumen:

> *„Gegenwärtig diktieren die NATO-Mitglieder die Regeln, wie und wo spezifische nationale Waffen eingesetzt werden dürfen. Unter den Bedingungen des neuen Vorschlags hätte Grynkewich größere Flexibilität bei der Verlegung von Ressourcen quer durch die Allianz und bei der Festlegung der Alarmbereitschaftsstufen für militärisches Gerät, ohne eine formelle Genehmigung einholen zu müssen … Einige NATO-Verbündete beklagen seit Langem, dass diese sogenannten nationalen Vorbehalte einen Flickenteppich aus unterschiedlichen Regeln innerhalb der Allianz schaffen … Die NATO ‚braucht auch die Nationen, um ihren Teil beizutragen‘, indem sie ihre Beschränkungen fallen lassen.“*

Als der Ankara-Gipfel endete, war dieser Vorschlag bereits stillschweigend Realität

geworden. Unter dem Banner, die „Luftraumüberwachungsmission“ (*Air-Policing-Mission)* im Baltikum in eine „Luftverteidigungsmission“ (*Air Defence Mission*) umzuwandeln, gaben die europäischen Staats- und Regierungschefs ihr Vetorecht auf. Beim *Air Policing* ging es primär um Überwachung und das Abfangen von Flugzeugen; die neue „Luftverteidigungsmission“ impliziert den Abschuss bedrohlicher Ziele. Die Einsatzbefugnis hat sich somit von den nationalen Hauptstädten auf die Befehlskette des SACEUR verlagert. Der litauische Verteidigungsminister Robertas Kaunas bestätigte diesen Wandel gegenüber den litauischen Medien und gab offen zu, dass der neue Ansatz speziell darauf ausgelegt ist, die demokratische Kontrolle zu umgehen:

> *„Es ermöglicht dem obersten Befehlshaber der NATO in Europa, Pläne umzugestalten und anzupassen sowie Kapazitäten dorthin zu verlegen, wo sie am dringendsten benötigt werden, während manchmal aufkommende politische Debatten vermieden werden. […] Zusätzliche Luftverteidigungskapazitäten könnten bei Bedarf so schnell wie möglich eingesetzt werden, wobei jegliche politischen Debatten vermieden werden.“*

Im Kern zwingt dieses Arrangement Europa dazu, die militärische Verantwortung und die physische Realität der Lastenverschiebung (*burden-shifting*) zu akzeptieren, während die USA sich die unangefochtene Kontrolle über die strategische Ausrichtung der Allianz, die Ressourcenintegration und die letztendliche Entscheidungsfindung sichern. Folglich werden im Vokabular von NATO 3.0 Konzepte wie „nationale Vorbehalte“ und „politische Debatten“ als bürokratische Hindernisse abgetan, obwohl beide in der Realität die letzten verbleibenden Ausdrucksformen nationaler Souveränität darstellen.

Das stählerne Stachelschwein

Blättern wir weiter in dem besagten Bericht des *U.S. Army War College*, so stoßen wir auf eine weitere Direktive, die sowohl in ihrer Klarheit als auch in ihren Konsequenzen für den Kontinent geradezu furchterregend ist:

> *„Darüber hinaus sind Untersuchungen erforderlich, um die potenzielle Kehrtwende hin zu einem Konzept der Stellungsverteidigung zu*

> *evaluieren. Die Abkehr von traditionellen, manöverzentrierten Doktrinen würde die Streitkräftestruktur, die Beschaffungsprioritäten und die langfristige Aufstellung der NATO grundlegend neu definieren und einen signifikanten Wandel in der Art und Weise signalisieren, wie die Allianz ihre Ostflanke sichert.“*

Was also verbirgt sich hinter dieser technokratischen Sprache? Die Antwort offenbart eine Reihe verheerender Konsequenzen für Europa. Eine „manöverzentrierte Doktrin“ ist das klassische Ideal der USA und der NATO: hochtechnisierte, mobile Kriegführung durch das koordinierte Zusammenspiel aller Truppengattungen. Sie setzt auf schnelle Durchbrüche, tiefe Schläge und das Ziel, das gegnerische System durch Geschwindigkeit kollabieren zu lassen. Ein „Konzept der Stellungsverteidigung“ beschreibt das Gegenteil. Es räumt ein, dass die „Ostflanke“ zu einer langfristig befestigten Grenze werden muss, deren primäres Ziel es ist, Territorium zu halten, massive Angriffe zu absorbieren, Durchbrüche zu verwehren und dem Gegner maximale Abnutzungskosten aufzuzwingen. Auf dem Schlachtfeld würde sich dieses Konzept in Form von Schützengräben, Minenfeldern und statischer Artillerie, flankiert von Drohnenschwärmen sowie riesigen Logistikdepots, äußern. Letztlich bedeutet es auch die Wiederbelebung der Wehrpflicht.

Indem sie diese Kehrtwende vorschlagen, gestehen US-Strategen implizit ein, dass der Krieg in der Ukraine die Fantasie einer sauberen, schnellen manöverzentrierten Kriegsführung zerschmettert hat. Die NATO prüft derzeit aktiv, wie sie ihre „Ostflanke“ als befestigte, auf Zermürbung ausgelegte Zone organisieren kann. Infrastruktur, Gesellschaft, Industrie und Doktrin müssen allesamt für die Durchhaltefähigkeit in einem langen Krieg umgebaut werden. Gewissermaßen würde das den Kontinent in einen geopolitischen Puffer verwandeln, der darauf ausgelegt ist, Russland auf Geheiß Washingtons einzudämmen und zu zermürben.

Der Bericht ist von gleichermaßen beklemmender Offenheit darüber, wie dieser Puffer genutzt werden soll, insbesondere wenn er die Rolle der Ukraine als geopolitisches Instrument bewertet:

> *„Was Stellvertreterkriege betrifft, hat die NATO zwischen 2014 und 2022 die Gelegenheit verpasst, die Ukraine als bevorzugten Partner und willigen Stellvertreter aufzurüsten und auszubilden. Ausbildung und*

> *Bewaffnung fanden zwar statt, aber nicht in einem Ausmaß, das ausgereicht hätte, um die großangelegte Invasion des Kremls im Jahr 2022 abzuschrecken. Eine gezielte und systematische „stählerne Stachelschwein"-Strategie in der Ukraine hätte die Säule der Zugangsverweigerung innerhalb der Abschreckungsstrategie der NATO gestärkt."*

Während diese Einschätzung als strategische Lehre für künftige Stellvertreterkriege gegen China gerahmt ist, sind die unmittelbaren Konsequenzen für den europäischen Raum unübersehbar. Washington wendet die Modelle des „willigen Stellvertreters" und des „stählernen Stachelschweins" nun direkt auf die NATO selbst an. Damit Europa diese Schocks absorbieren kann, während die USA ihre strategische Flexibilität bewahren, ist die Umsetzung des Konzepts der Stellungsverteidigung eine notwendige Voraussetzung.

Dies führt uns zu der Forderung des Berichts, die „Streitkräftestruktur, die Beschaffungsprioritäten und die langfristige Aufstellung" der NATO grundlegend neu zu definieren. Da die Stellungsverteidigung von Natur aus auf Abnutzung ausgelegt ist, bereitet sie die Allianz auf Kriege vor, die in Jahren gemessen werden. Genau aus diesem Grund ist die zuvor erörterte transatlantische industrielle Zusammenführung so essenziell, denn ein Abnutzungskrieg verschlingt schwindelerregende Mengen an Munition, die Europas derzeit fragmentierte Industrien nicht bereitstellen können.

Wenn wir diese Trias entschlüsseln, wird der Fahrplan von NATO 3.0 in seiner Gänze sichtbar. Die „Beschaffungsprioritäten" schreiben die industrielle Massifizierung des Kontinents vor. Die „Streitkräftestruktur" diktiert, dass die eigentliche Last des Krieges – das Stellen der Truppen und die direkten Kämpfe am Boden – den europäischen Bevölkerungen aufgebürdet wird. Und die „langfristige Aufstellung" markiert die ideologische Vorbereitung auf den langen Abend der Multipolarität. Mit anderen Worten, sie strukturiert die europäischen Gesellschaften so um, dass sie einen permanenten, zermürbenden Kampf durchhalten, um die globale Dominanz des hegemonialen Zentrums aufrechtzuerhalten.

Der geschlossene Kreislauf der Abhängigkeit

Wenn wir nun den Bericht des *U.S. Army War College* weiterlesen, stoßen wir auf eine weitere Passage, in der die ideologische Konditionierung für diese auf

Abnutzung ausgelegte Zukunft unverblümt artikuliert wird:

> *„Letztlich hat Europa das wirtschaftliche Gewicht – da es zehnmal reicher als Russland ist –, um sich selbst zu verteidigen. Es muss jedoch dringend eine gemeinsame strategische Kultur sowie den politischen Willen entwickeln, um von einem Sicherheitskonsumenten zu einem autonomen Sicherheitsgaranten zu werden. Wie es in einem kürzlich erschienenen Bericht hieß: ‚Um Russland zu „entmachten" (unpower), muss die EU in Machtkategorien denken und handeln – und den Mut aufbringen, diese Macht auch einzusetzen.'"*

Doch was bedeutet es eigentlich für Europa, innerhalb eines Rahmens permanenter Militarisierung „in Machtkategorien zu denken und zu handeln"? Das *Army War College* zitiert hier das Institut für Sicherheitsstudien der Europäischen Union (*EUISS*). Im Originalbericht des EUISS mit dem Titel *Unpowering Russia* folgt auf diesen Appell an den „Mut" unmittelbar ein Katalog aggressiver Handlungsanweisungen:

> *„Wichtig ist, dass die EU niemandes Erlaubnis braucht, um Russland zu ‚entmachten'. Sie kann Öltanker beschlagnahmen. Sie kann Lügen aufdecken. Sie kann an Orten Präsenz zeigen, die Russland lange Zeit als selbstverständlich angesehen hat."*

Europa wird darauf konditioniert, aggressiv aufzutreten, während es strukturell abhängig bleibt. Es wird dazu gedrängt, in einem künftigen Bündniskonflikt die breite Masse der Streitkräfte und der Waffen bereitzustellen – sei es für permanente Reibungen in der sogenannten Grauzone oder sei es für einen direkten, offenen Krieg. Die Ukraine wirkte dabei als erstes groß angelegtes Labor für Washingtons Problem der Abnutzungskriege. Europa wird nun angewiesen, diese Lektion zu verallgemeinern und seine innenpolitische Landschaft so umzugestalten, dass jene Art der totalen Mobilisierung für einen langwierigen Krieg auf NATO-Gebiet aufrechterhalten werden kann.

Diese militärische Lastenverschiebung ist untrennbar mit etwas verbunden, das man nur als eine geoökonomische Krisenvereinnahmung beschreiben kann. Auch hier legt die Monografie des *Army War College* dar, wie diese Hyperabhängigkeit

konstruiert wird:

> *„Washington skizzierte Pläne, seine Ressourcen auf die westliche Hemisphäre und den Indopazifik umzulenken, mit der Erwartung, dass die europäischen Verbündeten sich zu autonomen Garanten ihrer eigenen konventionellen Verteidigung entwickeln. […] Ein Eckpfeiler dieser Neuausrichtung ist die Haager Verpflichtung von 2025, die den NATO-Verbündeten Verteidigungsausgaben in Höhe von 5 Prozent ihres BIP vorschreibt – unterteilt in 3,5 Prozent für militärische Kernkapazitäten und 1,5 Prozent für Resilienz und kritische Infrastruktur. Aus US-Perspektive ist dieses Modell der ‚kritischen, aber begrenzteren Unterstützung' mit einer geoökonomischen Strategie gekoppelt. Diese Strategie zielt darauf ab, Europas Energieabhängigkeit von Russland durch die Lieferung von US-Flüssigerdgas und Exporte im Nuklearbereich zu verringern und gleichzeitig den enormen globalen Einfluss der EU als ‚regulatorische Supermacht' infrage zu stellen."*

Ohne die technokratische Rahmung offenbaren sich hier die materiellen Parameter von NATO 3.0: **Für Europa diktiert dieser Entwurf eine zermürbende Kombination aus aufgeblähten Militärbudgets, der Militarisierung von Infrastruktur, erzwungener industrieller Konsolidierung und dem drohenden Gespenst der Massenmobilmachung.**

Dennoch, wie das Dokument offen eingesteht, ersetzt dieses Arrangement Europas historische Abhängigkeit von russischer Energie lediglich durch eine Abhängigkeit als gebundener Abnehmer von amerikanischem Flüssigerdgas (LNG) und US-Nuklearexporten. Entscheidend ist jedoch, dass Washington durch die Verankerung dieser verteidigungspolitischen Neuausrichtung in amerikanischen Technologie- und Energiemonopolen die globale Regulierungsmacht der Europäischen Union untergräbt und damit gezielt einen der letzten verbliebenen Hebel ausschaltet, über die Brüssel noch eigenständig verfügt.

Das Resultat all dessen ist ein geschlossener Kreislauf der Hyperabhängigkeit – ein imperialer Entwurf, der Europa dazu verpflichtet, sich auf die eigenständige Führung eines zermürbenden Bodenkrieges vorzubereiten. Um diese Vorbereitung zu finanzieren, muss Europa seinem Sozialstaat die Mittel entziehen, um amerikanische Waffen und amerikanische Energie zu kaufen. **Seiner**

wirtschaftlichen Unabhängigkeit beraubt und technologisch an US-Kommandosysteme gekettet, verliert Europa die materielle Grundlage für eine souveräne Außenpolitik. Um technologisch und energetisch derart angebunden zu sein, muss es zudem seine eigenen Regulierungen und Standards aufgeben. Weil es hyperabhängig geworden ist, bleibt ihm letztlich keine andere Wahl, als die Stellvertreterkriege zu führen, die Washington ihm diktiert.

Wir erleben bereits die innenpolitischen Konsequenzen dieses geschlossenen Kreislaufs. Betrachten wir die Warnung, die kürzlich an die regierende britische Labour-Partei gerichtet wurde:

> *„Das Vereinigte Königreich wird die Ausgaben für den öffentlichen Sektor drastisch kürzen müssen, um die Verteidigung zu finanzieren, was der regierenden Labour-Partei ‚Schmerzen und große Schwierigkeiten' bereiten wird, warnte ein ehemaliger NATO-Generalsekretär und hochrangiger Parteifunktionär am Dienstag. George Robertson – ein ehemaliger britischer Verteidigungsminister, der im vergangenen Jahr als Co-Autor an der Strategic Defence Review mitwirkte … warnte die Labour-Abgeordneten, dass Großbritanniens militärische Ausgabenversprechen und seine NATO-Verpflichtungen ‚aus inländischen Budgets kommen' müssen. Auf der Defence Strategic Communications Conference in London sagte Robertson, es gebe ‚keinen anderen Weg', die Verteidigung zu finanzieren, da es ‚kein Geld, absolut kein überschüssiges Geld' gebe."*

Dies ist nur ein Beispiel für die Realität des Fünf-Prozent-BIP-Ziels. Es ist die bewusste, zwangsläufige Kannibalisierung des zivilen Staates zur Finanzierung des militärischen Knotenpunkts.

Damit wir diese Architektur nun nicht fälschlicherweise für eine spontane Reaktion auf jüngste geopolitische Ereignisse halten, müssen wir anerkennen, dass dieser imperiale Fahrplan seit Jahrzehnten im Entstehen begriffen ist. Der australische Forscher Zac Rogers verwies auf einen Text aus dem Jahr 1995 von dem Militärstrategen Martin Libicki (der eine Gastprofessur an der *U.S. Naval Academy* innehatte), in dem das Konzept der „vertikalen Koalitionen" untersucht wird. Zwar verwendete Libicki den Begriff „vertikal", doch lässt sich damit ebenso die Dynamik zwischen dem imperialen Zentrum und seinen semi-peripheren Knotenpunkten, also Europa, beschreiben:

> *„Wir würden umfassende Geheimdienstinformationen über den Aufenthaltsort und die Bewegungen weit entfernter Gefechtsstaffeln liefern. Unsere Aufklärungssysteme (sowohl im Weltraum als auch in der Atmosphäre) würden das exakte Orten feindlicher Plattformen ermöglichen. Unsere dezentralen Sensorsysteme würden in Stellung gebracht, um Daten zu verarbeiten, zu analysieren und in Feuerleitlösungen umzuwandeln. Dies würde befreundeten Streitkräften ermöglichen, den Feind präzise ins Visier zu nehmen, und ihnen eine Echtzeit-Fähigkeit für sofortige Vernichtungsschläge (one-shot, one-kill) verschaffen. Möglicherweise könnten wir sogar die Zielerfassung kontrollieren, sobald sie die Waffe ins Feld geführt haben. In manchen Fällen wären die Vereinigten Staaten vielleicht in der Lage, die Auseinandersetzung zugunsten einer Seite zu kippen, ohne dass es eindeutige Beweise dafür gäbe, dass wir überhaupt interveniert haben. Der Einsatz von Abstandssensoren als Ersatz für eigene Truppen befreit uns zudem von der Notwendigkeit von Überseestützpunkten …“*

Während die Struktur vom „amerikanischen Gehirn und europäischen Muskeln“ in rudimentärer Form seit der Gründung der NATO existiert, kristallisiert diese Vision von 1995 heraus, wie man sich frühe Technologiesprünge vorstellte, um das heutige Rahmenwerk zu rechtfertigen. Es ist eine kalte und niederschmetternd offene Äußerung imperialer Kontrolle.

Titelbild: www.slon.pics/Magnific

Mehr zum Beitrag:

NATO 3.0 – Deutschland im transatlantischen Käfig (Teil 1)

NATO 3.0 – Deutschland im transatlantischen Käfig (Teil 2)